

Wilhelm Leuschner zum 125. Geburtstag

Politiker – Widerstandskämpfer – Gewerkschafter

Vortrag von Dr. Axel Ulrich an der Volkshochschule Darmstadt

am 19. Mai 2015 im Rahmen der Reihe „1945“

Im Herbst 1952 schrieb der Politikwissenschaftler und SPD-Politiker Prof. Dr. Ludwig Bergsträsser an den berühmten Schriftsteller Carl Zuckmayer, ihn würde bei seiner Arbeit über Wilhelm Leuschner und den deutschen antinazistischen Widerstand „die Feststellung“ leiten, es sei „bisher zwar recht viel über die militärischen Männer des Widerstandes und über die konservativen Widerständler (Goerdeler, Kreisauer Kreis) geschrieben worden“, wohingegen „die linke Seite dieses Widerstandes“, der auch er selbst angehört habe, „bisher in allen Darstellungen sehr zu kurz“ gekommen sei. Dieses Monitum hatte Bergsträsser im Übrigen bereits fünf Jahre zuvor in einem Schreiben an den SPD-Parteivorstand vorgebracht, in dem er beklagt hatte, dass „in der Öffentlichkeit von allen möglichen Widerstandsbewegungen gegen den Nationalsozialismus viel die Rede“ sei, „so z. B. von der der Kirche, von der der Generäle und rechtsgerichteter Persönlichkeiten um den 20. Juli herum und natürlich auch von der der Kommunisten“. Vom „Widerstand sozialdemokratischer Kreise“ sei dagegen „kaum die Rede“, und der „Widerstand führender Persönlichkeiten“ wie der Wilhelm Leuschners träte sogar „in der Öffentlichkeit immer mehr zurück“.

Für Bergsträsser hat festgestanden, dass ohne diesen bedeutenden SPD-Politiker und Gewerkschafter und dessen weit verzweigtes Widerstandsnetzwerk der Staatsstreichversuch vom 20. Juli 1944 von den daran beteiligten oppositionellen Militärs mit Bestimmtheit erst gar nicht gewagt worden wäre. Hinter Leuschner hatten nämlich durchaus erkleckliche Teile der nichtkommunistischen Arbeiterschaft, d. h. zahlreiche ihrer zumeist sozialdemokratischen Aktivisten und Anführer bereitgestanden, um den beabsichtigten Umsturz durch einen Generalstreik zu flankieren bzw. jenes Unternehmen durch die Mobilisierung eines ausreichenden Kontingents ziviler Anti-Nazi-Kräfte nicht nur zu unterstützen, sondern bis zur Wiederherstellung demokratischer Verhältnisse voranzutreiben.

In einem knappen Bericht zum zehnten Jahrestag des leider gescheiterten Umsturzversuchs hat Bergsträsser ferner darauf hingewiesen, dass Leuschner „innerhalb der Gruppe, die den 20. Juli vorbereitete“, die Position „eines politischen Führers der Linken“ innegehabt habe. Dass er darüber hinaus nicht nur der führende Mann des Widerstandes sozialdemokratischer, christlicher und liberaler Gewerkschafter war, sondern gewiss zu den wichtigsten Anführern jenes zum Staatsstreich bereiten Oppositionsbündnisses aus Bürgertum, Linkskräften und Militär überhaupt gehört hatte, das war gleich nach der Befreiung vom Hitler-Faschismus vielen seiner Zeitgenossen noch bewusst. Denn „die Verschworenen“ seien „sich einig darin“ gewesen, „dass die Arbeiterschaft“ die bedeutendste „Stütze für den neuen Staat“ nach der Beseitigung

der NS-Gewaltherrschaft sein werde und folglich „den Gewerkschaften dabei sehr wichtige Aufgaben zufallen müssten“, wie Fritz Tarnow, der einstige Vorsitzende des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes sowie Freund und Kollege Leuschners, in einem Ende 1945 noch in Schweden veröffentlichten „Rückblick“ auf den gewerkschaftlichen Widerstand konstatiert hat.

Politischer Widerstand gegen die Nazis wurde bekanntlich nicht erst 1933 geleistet, sondern schon etliche Jahre zuvor. Die ihn tragenden Kräfte waren in der Hauptsache die Organisationen der deutschen Arbeiterbewegung. Diese waren allerdings in sich tief gespalten: in Sozialdemokraten und in Stalinisten, in Sozialisten und Syndikalisten, auch in sozialdemokratisch, christlich, liberal, deutschnational und kommunistisch orientierte Gewerkschaftsverbände. Aber auch aus dem bürgerlichen Bereich und aus dem der Kirchen ist durchaus manche kritische und die NS-Bewegung klar zurückweisende Stimme zu vernehmen gewesen. Trotzdem fand dann das „Ermächtigungsgesetz“ Hitlers im Frühjahr 1933 die Zustimmung aller im Reichstag vertretenen bürgerlichen Parteien. Damit haben diese faktisch der Errichtung der Diktatur ihr Einverständnis erteilt. Da die Kommunisten nicht erst seit der Machtübertragung an Hitler von dessen Anhängern unnachgiebig politisch verfolgt wurden und längst in den Untergrund abgedrängt worden waren, haben sich dem tatsächlich nur die Parlamentarier der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands versagen können. Erinert sei an die mutige Rede des Parteivorsitzenden Otto Wels, mit der er das Abstimmungsverhalten seiner Fraktion erläutert hat. Sein Diktum „Freiheit und Leben kann man uns nehmen, die Ehre nicht“ kennzeichnete jenen politischen Kurs, mit dem Tausende und Abertausende Sozialdemokraten in den nächsten zwölf finsternen Jahren am Ideal eines freiheitlichen, eines demokratischen Sozialismus festhielten.

Auf der Liste der Reichstagsabstimmung vom Donnerstag, den 23. März 1933, findet sich auch der Name des Abgeordneten des Reichstagswahlkreises 33 Hessen-Darmstadt Heinrich G. Ritzel. Der vormalige Bürgermeister von Michelstadt, der in den letzten Jahren der Weimarer Republik in Gießen u. a. als Kreisdirektor gewirkt hat, ist gleichzeitig einer der eifrigsten und mutigsten Mitstreiter Innenminister Wilhelm Leuschners und seines Pressereferenten Carlo Mierendorff im antinazistischen Abwehrkampf im seinerzeitigen Volksstaat Hessen gewesen. Unmittelbar nach der Abstimmung über jenes Schandgesetz ist Ritzel ins KZ Oranienburg bei Berlin verschleppt worden, aus dem er aber alsbald mit Hilfe einiger SPD-Genossen hatte entfliehen können.

In den nächsten Wochen reiste er unerkannt quer durch Deutschland, um den ersten sozialdemokratischen Widerstand zu organisieren, zum Teil wiederum in Verbindung mit Leuschner und Mierendorff, und dies insbesondere in Südhessen. Auch der damalige Vorsitzende des Frankfurter Sozialistischen Deutschen Studentenbundes Siegfried Höxter, der Vorsitzende der dortigen Sozialistischen Arbeiterjugend Emil Schmidt, der Offenbacher und Darmstädter Reichsbanner-Aktivist Artur E. Bratu und viele andere Sozialdemokraten waren damals mit von der Partie. Mitte April brach Ritzel in Wiesbaden auf offener Straße zusammen. Im dortigen Heilig-Geist-Hospital konnten endlich seine in der Haft erlittenen Blessuren behandelt werden. Aber auch

in der Klinik wurde er arretiert und mehrmals vernommen, bis ihm nach zwei Monaten mit Hilfe einiger Wiesbadener Genossen ein weiteres Mal die Flucht gelang. Erst wich er ins Saargebiet aus und dann, nach dessen Rückgliederung ans Deutsche Reich im Jahr 1935, flüchtete er in die Schweiz. Von dort aus hat er noch lange Zeit mit Wilhelm Leuschner und mit Dr. Mierendorff in Kontakt gestanden, wie er im Sommer 1945 in einem ersten politischen, streng genommen programmatischen Brief an seine einstigen Genossen in Gießen und anderswo in Hessen bekundet hat. Da der Mitte 1933 festgenommene Mierendorff erst nach über vierjähriger KZ-Haft freigelassen worden ist, muss dieser von Ritzel bezugte konspirative Verbindungsweg von der Schweiz in die Reichshauptstadt, wo Leuschner und Mierendorff fortan im Widerstand eng zusammenwirkten, noch bis in die Kriegsjahre hinein bestanden haben.

In Hessen und noch dazu hier in Darmstadt, der einstigen Hauptstadt des Volksstaates Hessen, über Wilhelm Leuschner reden, heißt eigentlich Eulen nach Athen tragen. Hier gibt es z. B. eine Gedenktafel für ihn und eine Büste im Gewerkschaftshaus, ein Bronzerelief neben dem Eingang zum Hessischen Landesmuseum, zudem eine Bronzetafel für Leuschner und seine Mitstreiter Mierendorff und Ludwig Schwamb im Regierungspräsidium am Luisenplatz. Außerdem sind hier eine Schule sowie eine Straße nach ihm benannt. Nur in Berlin, der nach Darmstadt zweiten lebensgeschichtlich bedeutsamen Wirkungsstätte Leuschners, existieren noch mehr Formen der Erinnerung an ihn. Aber auch ansonsten wurden landauf, landab zahllose Schulen, öffentliche und andere Gebäude, Straßen und Plätze nach ihm benannt. In seinem Bayreuther Geburtshaus bestehen seit 2003 die Wilhelm-Leuschner-Gedenkstätte sowie jetzt ab dem 15. Juni, Leuschners 125. Geburtstag, auch das Wilhelm-Leuschner-Zentrum, und außerdem halten die Gedenkstätten Deutscher Widerstand und Plötzensee in Berlin die Erinnerung an ihn wach.

Zur 20. Wiederkehr seines Hinrichtungstages im Jahr 1964 wurde die Wilhelm-Leuschner-Medaille gestiftet, die höchste Verdienstauszeichnung Hessens. Ministerpräsident Georg August Zinn folgte dabei einer Anregung des vormaligen DGB-Bundesvorsitzenden Willi Richter, Leuschners einstigem engen Freund und Mitstreiter im antinazistischen Widerstand. Diese Medaille ist, so heißt es in dem Stiftungserlass explizit, „ein Zeichen“ dafür, „dass wir das Erbe Leuschners, das politische Erbe, das uns die Opfer des 20. Juli hinterließen, ehren und mehr wollen“. Verliehen werden soll die Auszeichnung an Personen, „die sich aus dem Geist Wilhelm Leuschners hervorragende Verdienste um die demokratische Gesellschaft und ihre Einrichtungen erworben haben“. So gesehen, erklärt sich das Bundesland Hessen damit seitdem zum Testamentsvollstrecker des Namensgebers dieser Verdienstauszeichnung, genauso wie Willi Richter der Testamentsvollstrecker Leuschners in sozial- und gewerkschafts-politischer Hinsicht gewesen ist. 1928 ist Richter übrigens in Darmstadt schon Leuschners bzw. Karl Grötzners Nachfolger als Vorsitzender und zugleich Geschäftsführer des hiesigen Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes (ADGB) geworden.

Weder die Wilhelm-Leuschner-Medaille noch die vorgenannten Formen der Erinnerung an ihn im öffentlichen Raum haben zu verhindern vermocht, dass der Kenntnisstand unserer Schülerschaft zu Leuschner leider nur als außerordentlich dürftig bezeichnet werden kann. Eine diesbezügliche Umfrage des Studienkreises Deutscher Widerstand unter Frankfurter Schülerinnen und Schülern der Klassen 9 bzw. 10 hat vor wenigen Jahren erbracht, dass gerade einmal fünf Prozent Leuschner korrekt mit dem Widerstand in Verbindung zu bringen wussten. Bei Sophie Scholl von der „Weißen Rose“ sowie bei Claus Graf Schenk von Stauffenberg dagegen war für fast 62 bzw. über 67,5 Prozent aller Befragten eine richtige Zuordnung möglich.

Doch wie sieht es in puncto wissenschaftlicher Aufarbeitung der Vita und des Wirkens Wilhelm Leuschners aus? 1962, also vor jetzt gut einem halben Jahrhundert, ist tatsächlich die bis vor kurzem einzige umfangreiche biographische Arbeit zu ihm erschienen. Jenes spannend geschriebene Buch Joachim G. Leithäusers ist auf Vermittlung der Büchergilde Gutenberg zustande gekommen und ebenfalls vom DGB bzw. durch Willi Richter unterstützt worden. Vorherige Bestrebungen, Leuschner adäquat zu würdigen, so von Hermann Schlimme, bis 1933 Sekretär beim Bundesvorstand des ADGB, Heinrich G. Ritzel und dann auch – wie schon gesagt – von Prof. Dr. Ludwig Bergsträsser, sind allesamt fruchtlos geblieben. Späterhin sind nur noch kleinere biographische Skizzen und Monographien über diesen bedeutenden Sozialdemokraten und Gewerkschafter vorgelegt worden, so z. B. durch die Professoren Dr. Eugen Kogon, Dr. Peter Steinbach und Dr. Hans Mommsen, durch Dr. Gerhard Beier, Dr. Reiner Tosstorff und Wolfgang Hasibether von der Bayreuther Wilhelm-Leuschner-Stiftung. Aber auch alle möglichen biographischen Handbücher sowie Überblicksdarstellungen zum Widerstand geben über ihn Auskunft, wenn auch nur reichlich knapp, und selbstverständlich kann man auch im Internet zumindest die wichtigsten biographischen Eckdaten abrufen. Es ist somit schon ein wenig unverständlich, warum das Wissen über ihn nur so gering ausgeprägt ist. Dies jedenfalls war der Grund, warum ich dann selbst tätig geworden bin und eine umfangreiche Monographie speziell zu Leuschners Widerstandshandeln verfasst habe.

Wilhelm Leuschner war einer der couragiertesten und unermüdlichsten Nazigegner überhaupt. Der gelernte Holzbildhauer hatte für ein ganzes Vierteljahrhundert seinen Lebensmittelpunkt in Darmstadt gehabt. Hier hatte er als Gewerkschaftsfunktionär gewirkt, als Stadtverordneter, als hessischer Landtagsabgeordneter sowie von 1928 bis 1933 als Innenminister des Volksstaates Hessen. Er war ein ausgesprochener Multifunktionär, wirkte als 2. Landessekretär seiner Partei im Volksstaat Hessen, auch als Mitglied des Provinzialausschusses der Provinz Starkenburg, zudem als Vorsitzender der Jugendorganisation seiner Partei, als Vorsitzender der Darmstädter SPD, als Vizepräsident des Hessischen Landtags usw. Leuschner hielt daneben noch Betriebsräteschulungen ab, organisierte alle möglichen Großveranstaltungen, legte sich publizistisch für die Weimarer Reichsverfassung ins Zeug, für einen Neuzuschnitt der Länder sowie für ein reformiertes, zeitgemäßes SPD-Programm.

Ferner war er Mitglied in einer Vielzahl von Organisationen, u. a. im Volkschor Darmstadt, im Arbeiter-Samariter-Bund und im „Reichsbanner Schwarz Rot Gold“, auch

in der Freireligiösen Gemeinde, in einer Freimaurerloge und der Volkshochschule, übrigens als einer ihrer Mitbegründer und dies mit der Mitgliedsnummer 1. An seine Gewerkschaftskollegen appellierte er, sie sollten unbedingt Hörer der VHS werden, denn diese würde zu denken lehren, vermittele zugleich Wissen und fördere auch noch den Gemeinschaftssinn. Natürlich gehörte er auch dem Theaterausschuss des Landtages an, pflegte freundschaftliche Kontakte mit Carl Zuckmayer und Kasimir Edschmid sowie mit dem Generalintendanten des Darmstädter Landestheaters Gustav Hartung und vielen anderen mehr. Er war wie etwa sein preußischer Amtskollege Carl Severing eine der dominierenden demokratischen Kräfte der Republik und führte einen konsequenten Abwehrkampf gegen deren Feinde von rechts wie auch gegen die von ganz links, die sich ihn beide gleichermaßen zur Zielscheibe ihres Hasses, ihrer Verbalattacken, ihrer Steinwürfe und auch ihrer Morddrohungen auserkoren hatten.

Schon sehr bald ist damals also auf sehr sinnfällige Weise deutlich geworden, dass die Republik mit ganzer Konsequenz gegen jene würde verteidigt werden müssen, die sie wieder zu beseitigen trachteten. Dies waren einerseits die Kommunisten, die ihre ganzen Hoffnungen auf eine „deutsche Oktoberrevolution“ setzten, andererseits die Deutschnationalen, die nach Wiedererrichtung der Monarchie lechzten, und dann eben die Anhänger Hitlers, die eine faschistische Diktatur anstrebten. Dass diesen Anfeindungen der Demokratie auch mit Verboten von Presseerzeugnissen, von Demonstrationen und Veranstaltungen anderer Art begegnet werden musste, das hat Leuschner völlig klar gesehen und fortwährend entsprechend handlungsbezogen umgesetzt. Die staatsanwaltliche Reaktionslosigkeit auf die 1931 bekannt gewordenen Boxheimer Dokumente hin, also die geheimen Staatsstreichpläne der hessischen Nazis, hatte er nie zu verwinden vermocht.

1929 hat Wilhelm Leuschner zum zehnjährigen Jubiläum der Weimarer Reichsverfassung eine kleine Schrift erstellt mit dem Titel „Vom deutschen Volksstaat“. Darin hat er seine politischen Vorstellungen sehr klar zum Ausdruck gebracht: Es genüge nicht, so hat er beispielsweise betont, sich mit dem bisher Erreichten, nämlich der parlamentarischen Republik, zufrieden zu geben. Vielmehr müsse diese weiterentwickelt werden zur sozialen Republik auf wirtschaftsdemokratischer Grundlage und mehr noch zum Kulturstaat für alle, also explizit dies auch für die Arbeiterschaft und „alle schaffenden Stände“. Von jener Grundüberzeugung ist Leuschner nie mehr abgewichen, auch nicht in den Jahren des Widerstandes, in denen er – wie sein konspirativer Rat- und Ideengeber Prof. Dr. Bergsträsser – anders als viele, um nicht zu sagen die meisten der konservativ-liberalen oder gar die kommunistischen Regimegegner dezidiert für die Rückkehr zu einer von politischen Parteien getragenen parlamentarischen Demokratie eingetreten ist.

Am 2. Mai 1933 ist der kurz zuvor nach Berlin übergewechselte Leuschner im Zuge der reichsweiten Zerschlagungsaktion der Nazis gegen die Gewerkschaften zusammen mit dem ADGB-Bundesvorstand vorübergehend inhaftiert worden, wobei er auch körperlich misshandelt worden ist. Im Monat darauf wurde er abermals verhaftet, nachdem er sich vor der Internationalen Arbeitskonferenz in Genf der ihm von

Robert Ley, dem Chef der am 10. Mai erst ins Leben gerufenen faschistischen Zwangsorganisation „Deutsche Arbeitsfront“, zugeordneten Rolle als untadeliger Leumundszeuge für das NS-Regime durch demonstratives öffentliches Schweigen verweigert hatte. Er kam zunächst in das hessische Landeszuchthaus Marienschloss bei Rockenberg, dann ins KZ Börgermoor bei Papenburg, anschließend ins KZ Lichtenburg bei Prettin im Kreis Torgau, aus dem er nach einem Jahr erst, am 10. Juni 1934, entlassen wurde.

Kurz darauf traf er sich mit dem christlichen Gewerkschaftsführer Jakob Kaiser. Hierbei bekräftigten die beiden Freunde ihren vordem schon gefassten Entschluss zum konsequenten antinazistischen Widerstand mit der Zielsetzung der Schaffung einer einheitlichen deutschen Gewerkschaftsbewegung, die es damals nämlich noch nicht gegeben hatte. Vielmehr waren die Gewerkschaften zuvor in alle möglichen politisch und konfessionell unterschiedlichen Richtungsgewerkschaften aufgespalten bis hin zu Klein- und Kleinstgewerkschaften für mitunter sehr spezielle Berufe. Es gab damals ein schier unüberschaubares, zumal für heutige Betrachter geradezu verwirrendes Spektrum von Verbänden, die es natürlich nicht vermocht hatten, sich noch rechtzeitig zum gemeinsamen antinazistischen Handeln zusammenzuschließen. Wir wissen zwar nicht, ob eine einheitliche Gewerkschaftsbewegung bzw. eine einheitliche Arbeiterbewegung 1933 den Nazis den Weg an die Hebel der Macht noch hätte versperren können, wir können aber schon davon ausgehen, dass diese der ganzen Hitlerei das Agieren zumindest nicht erleichtert haben würde. Dies war jedenfalls die zentrale Grunderkenntnis, die Wilhelm Leuschner und seine Mitstreiter aus dem Untergang der Demokratie von Weimar gewonnen hatten: Niemals mehr sollten sich die demokratischen Kräfte gegenseitig politisch bekämpfen, niemals mehr sollte es möglich sein, dass die Befürworter einer Diktatur ganz gleich welcher Couleur das Feld würden dominieren können.

Im Laufe der nächsten zehn Jahre schufen Leuschner und seine Konfidenten von Berlin aus ein im ganzen Deutschen Reich zunehmend engmaschiger geknüpftes Netz von antinazistischen Vertrauensleutestützpunkten, in das immer mehr sozialdemokratische Gewerkschafter und Politiker eingebunden wurden. Gleichzeitig knüpften christliche Gewerkschafter um Jakob Kaiser ein vergleichbares Netzwerk, das allerdings zwangsläufig einen weitaus geringeren Umfang hatte. Und auch mit etlichen liberalen Gewerkschaftern und Politikern standen sie dann in konspirativer Fühlung. Schließlich kam auch ein Kontakt mit oppositionellen Militärs zustande, vor allem mit Generaloberst a. D. Ludwig Beck, mit dem sich Leuschner seit ihrem ersten Treffen im Oktober 1939 ebenso immer besser verstand wie dann etwas später auch mit dem früheren Leipziger Oberbürgermeister und Reichspreiskommissar Dr. Carl Goerdeler, den beiden Zentralfiguren des bürgerlich-militärischen Widerstandes also.

Bereits seit dem Herbst 1938 war es in Berlin zu mehreren denkwürdigen Zusammenkünften gekommen, in deren Verlauf sich Vertreter verschiedener Fraktionen der Zivilopposition darauf verständigt hatten, sich erstmals zu einer wirklich einheitlichen Widerstandsfront zusammenzuschließen, und zwar unter Einbeziehung der Protagonisten der Militäropposition, jedoch unter Ausschluss der Kommunisten.

Die NS-Verfolgungsbehörden hatten bis Mitte der 1930er Jahre, spätestens bis 1937/38 die Untergrundstrukturen des antinazistischen Widerstandes sozialdemokratischer, linkssozialistischer und auch kommunistischer Prägung weitestgehend aufgerieben oder doch mundtot gemacht. Bestimmte fragmentarische Reste jener konspirativen Anti-Nazi-Strukturen hatten allerdings nicht aufgedeckt werden können. Leuschner und seine Vertrauten hatten frühzeitig, im Prinzip schon 1934 die horrenden Risiken erkannt, die mit der Verteilung antinazistischer Propagandaschriften einhergingen. Sie hatten daher ihre Mitstreiter dazu ermahnt, hierauf tunlichst zu verzichten. Und so konnte mit der Zeit jenes erwähnte weit verzweigte antinazistische Kontaktnetz geknüpft werden, in das bald einige Hundert NS-Gegner reichsweit einbezogen waren. Da diese aber keine sonderlichen Außenwirkungen entfalteten, blieben sie über Jahre hinweg fast ausnahmslos unerkannt. Der Tarnung wie der Finanzierung der Aktivitäten der Führung dieser nur informell vernetzten, geheimen Auffangorganisation für den Tag X diente eine kleine Fabrik für Aluminiumprodukte, für Bierzapfanlagen und dergleichen, die Leuschner zusammen mit seinem Schwiegersohn Albert Bachmayer Ende 1936 in Berlin hatte übernehmen können. So konnten ihre Akquisiteure und er selbst ständig im ganzen Land umherreisen, um einerseits neue Absatzmöglichkeiten für jene Firma zu erschließen, zugleich aber andererseits die konspirativen Verbindungen jener Widerstandsstruktur zu pflegen und permanent weiter auszudehnen.

Unterstützt wurde die antinazistische Inlandsarbeit durch die 1935 im tschechoslowakischen Komotau, heute Chomutov, gebildete Auslandsvertretung der sozialdemokratisch ausgerichteten deutschen Gewerkschaftsverbände. Gleiches galt für die seit 1933 in Prag postierte Exil-SPD, für etliche Einzelgewerkschaften dort, in Frankreich, Dänemark und Großbritannien, in den USA und anderen Ländern und natürlich auch für mehrere Internationale Berufssekretariate sowie den Internationalen Gewerkschaftsbund (IGB). Auf dessen damals sicherlich noch fortbestehende internationale Verbindungen hoffte Wilhelm Leuschner wohl, als er 1935 den inzwischen als Ruheständler in Frankfurt am Main lebenden vormaligen IGB-Generalsekretär Johann Sassenbach aufsuchte. Das Treffen der beiden fand in der Wohnung des früheren Filialleiters der Frankfurter Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten Willi Haug und dessen Frau Lore statt, mit denen Sassenbach in seinen letzten Lebensjahren in inniger Freundschaft verbunden war. Deren Domizil galt für Zwecke solcher Art als vergleichsweise sicher, während Sassenbach bereits mehrmalig von der Gestapo verhaftet worden war. Es musste davon ausgegangen werden, dass er nach wie vor observiert wurde. Lore Haug hat mir 1994 von dieser konspirativ klug abgesicherten Zusammenkunft erzählt, über deren „Bedeutung und Tragweite“ ihr Mann und sie sich „seinerzeit eigentlich überhaupt nicht bewusst“ gewesen seien. Es habe „sich – oberflächlich betrachtet – auch um gar nichts Spektakuläres“ gehandelt. Hierbei müsse man aber „schon wissen“, so Lore Haug präzisierend, „dass die Widerstandsbewegung, von der heute nur noch die prominenteren Namen in Erinnerung sind, damals einer Vielzahl ungenannter Helfer und Helferinnen bedurfte.“ So seien „Wohnungen und unauffällige Geschäfte als Treffpunkte benötigt“ worden. „Kurierdienste mussten erledigt, Gefährdete aus Deutschland herausgeschmuggelt, Pässe

besorgt, Gelder akquiriert werden und ähnliche Dinge mehr.“ Es habe „sich also eigentlich um ein ganzes Netz von Kontakteuten aus unserer sozialdemokratischen Solidargemeinschaft“ gehandelt, hat sie zudem hervorgehoben, „auf die sich Leuschner und seine Mitstreiter stützen und verlassen konnten. Jeder Einzelne“ habe „eben versucht, das ihm Mögliche zur gemeinsamen Sache beizutragen.“ Beim Treffen Leuschners mit Sassenbach in ihrer Wohnung sei „darauf geachtet worden, dass“ ihr „Mann zu diesem Zeitpunkt außer Haus war. So hätte er im Falle eines Falles einfach alles abstreiten können.“ Sie selbst sei „zwar in der Wohnung geblieben, habe aber selbstverständlich ebenfalls nicht an dem Treffen der beiden Gewerkschaftsführer teilgenommen. Nach außen hin“ habe „so der Eindruck erweckt werden“ sollen, „Leuschner habe den früheren IGB-Chef, der ja regelmäßig bei“ ihnen „verkehrte, eher zufällig während einer seiner Geschäftsreisen dort aufgesucht. Was damals tatsächlich beredet“ worden sei „und welche Konsequenzen das Gespräch möglicherweise für den Fortgang von Leuschners Widerstandsarbeit hatte, darüber könnte nur spekuliert werden.“ Für sie und ihren Mann sei jedenfalls das Wichtigste gewesen, schloss Lore Haug ihren eindrucksvollen Erinnerungsbericht, „dass die Gestapo zum Glück niemals etwas über dieses Treffen in Erfahrung gebracht hat“.

Auch davon, dass Leuschner Willi Richter gegenüber 1941 bekundet hat, in ganz Deutschland stütze sich diese Struktur inzwischen auf über 800 Mitstreiter, erfuhren die Schergen und Blutrichter des Regimes kein Sterbenswort. Mit diesem guten Freund und Vertrauten noch aus Darmstädter Tagen war Leuschner seit seiner KZ-Entlassung ebenfalls in ständiger konspirativer Verbindung geblieben. Gleiches galt im Übrigen für den zu jener Zeit ebenfalls als Ruheständler in Frankfurt lebenden Gustav Noske, einst Holzarbeitergewerkschafter wie Leuschner und Tarnow, Reichswehrminister und dann Oberpräsident der preußischen Provinz Hannover. Es galt für den früheren Reichstagspräsidenten Paul Löbe in Berlin, für den vormaligen preußischen und Reichsinnenminister Carl Severing in Bielefeld und für zahllose andere ihrer Parteigenossen. Zu Leuschners wichtigsten Mitstreitern entweder auf Dauer oder –verhaftungsbedingt – nur zeitweilig gehörten in der Reichshauptstadt z. B. die Gewerkschaftsfunktionäre Hermann Schlimme und Walter Maschke sowie Hermann Maaß, einstmals Geschäftsführer des Reichsausschusses der Deutschen Jugendverbände. Nach ihrer Haftentlassung stießen Dr. Carlo Mierendorff und der frühere Stellvertretende Bundesvorsitzende des „Reichsbanners Schwarz Rot Gold“ Dr. Theo Haubach wieder zu ihm. Auch der Reformpädagoge Prof. Dr. Adolf Reichwein und der vormalige Regierungspräsident in Merseburg Ernst von Harnack gehörten bald zu jener verschworenen Schar, während Ludwig Schwamb, Leuschners einstiger Staatsrat aus dem hessischen Innenministerium, mit ihm schon kurz nach seiner Entlassung aus der KZ-Haft im Sommer 1934 nun in Berlin wieder Kontakt aufgenommen hatte.

1940 ist der vormalige rheinhessische Landtags- und Reichstagsabgeordnete Jakob Steffan aus dem KZ Dachau entlassen worden, „auf Probe“, wie es hieß. Durch die Haft war seine Sehkraft bis zur Erwerbsunfähigkeit herabgemindert worden. Seine Frau hatte sich derweil von ihm scheiden lassen. Aber schon wenige Wochen nach

seiner Freilassung warben Leuschner, Mierendorff und Schwamb ihn als neuen Mitsstreiter an. Alsbald war Steffan zuständig für die Organisierung des politischen Widerstandes im südlichen Hessen ab der Mainlinie, während Willi Richter diese Aufgabe nördlich des Mains wahrnahm. In gewerkschaftlicher Hinsicht organisierte der spätere DGB-Vorsitzende den antinazistischen Widerstand freilich im gesamten Bereich von Kassel bis nach Heidelberg.

Auch Konzeptionen zur politischen und gewerkschaftlichen Reorganisation ließ Leuschner von einigen seiner Getreuen ausarbeiten, so etwa von Hermann Maaß, der wohl auch zu Verfassungsproblemen Überlegungen angestrengt hat, hauptsächlich jedoch zur Gewerkschaftsfrage: Leuschner, Kaiser und ihre Getreuen beabsichtigten nämlich die Schaffung einer allumfassenden deutschen Volksgewerkschaft, die als eine einzige große Einheitsorganisation für alle lohn- und gehaltsabhängig Beschäftigten ab 18 Jahren mit Pflichtmitgliedschaft geplant war. An ihrer Spitze hätte Leuschner selbst stehen sollen, während Jakob Kaiser sowie Max Habermann vom früheren Deutschnationalen Handlungsgehilfenverband als seine Stellvertreter feststanden. Die Reichsleitung sollte sich in acht bis zehn Abteilungen gliedern, so z. B. für Sozialpolitik, Öffentlichkeitsarbeit, Schulung und Bildung, Rechtsberatung usw. Sodann sah der Organisationsplan die Schaffung bestimmter Industriegruppen vor, nämlich: Holz, Eisenbahn, Leder und Bekleidung, Textil, Druck, Transport, Landwirtschaft, Fremdenverkehr, Bergbau, Metall, Angestellte sowie Bau, Steine und Erde.

Und von Prof. Dr. Bergsträsser in Darmstadt ließ Leuschner sich ebenfalls beraten: Der bekannte Parteienforscher arbeitete für ihn 1942/43 zwei sehr bemerkenswerte Denkschriften zur künftigen Bildungspolitik bzw. zu verfassungspolitischen Fragen aus, in denen sich das diesbezügliche Denken jener Oppositionellen in wohl reinsten Form erhalten hat. So geht daraus unzweideutig hervor, dass man in jenen Widerstandskreisen nichts anderes als die „Wiederherstellung“ – so nicht umsonst der Titel der entsprechenden Schrift Bergsträssers – einer parlamentarischen Demokratie beabsichtigte. Diese könne aber letztlich nur erneut installiert und auf Dauer stabilisiert werden, so Bergsträsser kategorisch, wenn das Bildungssystem grundlegend reformiert werden würde. Unabdingbar wäre auch die Schaffung eines ausgeprägten staatsbürgerlichen Unterrichts, um die gebotene demokratische Nachhaltigkeit zu erzielen. Die nach 1945 neu geschaffenen Einrichtungen der politischen Bildung bzw. auch die diversen politikwissenschaftlichen Lehrstühle an unseren Universitäten wurzeln streng genommen in jenen Überlegungen des deutschen antinazistischen Widerstandes.

Ab 1943 wirkte Ludwig Schwamb als konspirativer Regionalleiter jener reichsweiten Widerstandsstruktur für den Bereich zwischen Kassel und Heidelberg. Der Leuschner-Vertraute war damals von Berlin wieder nach Hessen zurückgekehrt, genauer gesagt nach Frankfurt, wo er und seine Frau Elisabeth ihren neuen Wohnsitz genommen hatten. Denn die Schuhfabrik Tack, bei der Schwamb seit 1934 als Syndikus beschäftigt war, hatte zur selben Zeit ihren Firmensitz von der Reichshauptstadt nach Aschaffenburg verlegt, um den permanenten alliierten Luftangriffen auszuweichen. Widerstandsstützpunkte der Vertrauensleutestruktur bestanden zu jener Zeit

beispielsweise in Mainz, Darmstadt und Wiesbaden, in Oppenheim, Nierstein und Ingelheim, in Offenbach, Neu-Isenburg, Friedberg, Gießen, Marburg, Kassel, in Bensheim an der Bergstraße und natürlich auch in Frankfurt am Main.

In der Mainmetropole befand sich die hiesige Widerstandszentrale. Von dort aus liefen die Fäden des Vertrauensleutenetzwerks Leuschners und seiner Freunde ins ganze Hessenland. Genauso aber konnte die Konspiration von Mainz und auch von Darmstadt aus Zug um Zug in alle Richtungen weiter ausgedehnt werden. Von Frankfurt her operierten vor allem Willi Richter und Ludwig Schwamb, auch Willy Knothe, der spätere südhessische und hessische SPD-Vorsitzende, von Mainz aus Jakob Steffan, nach dem Krieg in Rheinland-Pfalz u. a. Innenminister, dann Sozialminister. Auf lokaler Ebene angeleitet wurde der Frankfurter Stützpunkt von einem Kriminalbeamten, von Christian Fries nämlich, wie auch der Wiesbadener und noch manch anderer konspirative Strukturbereich in die Obhut eines Polizisten gegeben worden ist. Denn Leuschner war bis 1933 nicht zuletzt auch für die Polizei dienstlich zuständig gewesen, und man benötigte schließlich für die vorgesehene sofortige und zeitgleich durchgeführte Ausschaltung des NS-Führungspersonals entsprechend versierte Fachkräfte, was diesen auf den ersten Blick doch recht erstaunlichen Sachverhalt erklärlich werden lässt.

Der Stützpunkt hier in Darmstadt wurde konspirativ angeleitet durch den vormaligen Wormser Gewerkschaftsfunktionär und späteren Regierungsrat im Hessischen Arbeits- und Wirtschaftsministerium, dem folglich zuletzt Leuschner ebenfalls dienstlich unterstellten Heinrich Zinn kann. 1933 ist dieser, der bis dahin obendrein SPD-Fraktionsvorsitzender im Landtag des Volksstaates Hessen gewesen ist, wie so viele seiner Kollegen aus politischen Gründen entlassen worden, woraufhin er bis 1935 arbeitslos war. Dann verdiente er seinen Unterhalt als Vertreter einer Bausparkasse, auch als Kaffeehändler, bis er im Sommer 1944 zum Kriegsdienst einberufen worden ist, wodurch er möglicherweise der reichsweiten Rasterfahndung nach dem gescheiterten Umsturzversuch vom 20. Juli jenes Jahres entkommen ist. Mit Zinn kann in Verbindungen gestanden haben u. a. der Jurist Ludwig Metzger, vormals Vorsitzender des Bundes der religiösen Sozialisten in Hessen, der frühere DDP-Abgeordnete, Oberarchivrat am Reichsarchiv in Potsdam und Lehrbeauftragte an der Frankfurter Universität Prof. Dr. Ludwig Bergsträsser, der Anfang der 1930er-Jahre zur SPD gewechselt war. Bergsträsser betätigte sich, nachdem auch er 1933 entlassen worden war, hier in Darmstadt als freier Wissenschaftler und Publizist und hatte daneben konspirative Direktkontakte nicht nur mit Leuschner, sondern auch mit Ludwig Schwamb, Gustav Noske und Carl Severing. Auch der frühere Verwaltungsdirektor der Ortskrankenkasse Frankfurt Christian Stock hat zum Kreis der Darmstädter Vertrauensleute Wilhelm Leuschners gehört. Nach seiner politisch bedingten Entlassung und seiner anschließenden KZ-Haft in Kieslau hatte Stock in Darmstadt einen Tabakwarenhandel aufgezogen, bis er schließlich Buchprüfer der Betriebskrankenkasse der Vereinigten Deutschen Metallwerke in Frankfurt-Heddernheim wurde. Auch der 1933 ebenfalls entlassene Oberschulrat Karl Friedrich gehörte zum Darmstädter Stützpunkt, der Gewerkschafter Daniel Müller, später Bürgermeister von Griesheim,

bis zu seinem Tod Anfang 1943 sogar der ehemalige Staatspräsident des Volksstaates Hessen Bernhard Adeling, dessen Sohn Hans und etliche andere. Wie andersorts auch blieben die diversen Personen und Diskussionszirkel hier bis zuletzt weitgehend voneinander isoliert und wurden erst kurz vor dem Tag X zusammengeführt. So fand kurz vor dem 20. Juli 1944 in Bergsträssers Wohnung eine Zusammenkunft der maßgeblichen lokalen Widerstandskräfte statt, während der sich Leuschner von deren Bereitschaft überzeugte, nach einem Umsturz politische Verantwortung zu übernehmen. Bergsträsser hätte sich beispielsweise nach Berlin begeben sollen, um dort eine Führungsposition im Reichskultusministerium zu übernehmen.

Die Aufgabe jener konspirativen Spitzenfunktionäre bestand darin, allerorten ein verlässliches antinazistisches Potential zur sofortigen Besetzung der wichtigsten zivilen Verwaltungspositionen im Umsturzfall zu gewinnen, desgleichen zur Besetzung der entscheidungsrelevanten Funktionen der „Deutschen Arbeitsfront“ und dergleichen mehr. Allein im Rhein-Main-Gebiet konnte im Laufe der letzten Jahre ein Kontingent von rund 550 Personen ermittelt werden, die zur zivilen Flankierung eines vom Militär herbeigeführten Staatsstreichs zur Verfügung gestanden hätten.

Leuschners Vertrauensleutenetzwerk besaß aber bald eine ziemlich respektable Ausdehnung nicht nur in Hessen, sondern auch deutschlandweit und darüber hinaus: Es erstreckte sich nämlich von Hamburg über die Städte des Rhein-Ruhr-Gebietes sowie des Rhein-Main-Gebiets bis nach Süddeutschland, von Bonn und Köln über Bielefeld und Hannover bis nach Potsdam und Berlin und weiter bis nach Königsberg, von Rostock über Leipzig, Dresden, Görlitz und Breslau bis nach Nürnberg und München und sogar nach Wien. Und auch nach Frankreich, in die Schweiz, nach Norwegen und Schweden, in die Niederlande und in manch anderes Land, selbst nach Griechenland liefen konspirative Verbindungswege. Vorsichtig geschätzt waren schließlich mehrere Tausend NS-Gegner darin involviert: frühere politische und gewerkschaftliche Funktionsträger, Arbeiter, Angestellte und Beamte, Hochschullehrer, Verwaltungsfachleute, Unternehmer und Juristen, kleine Gewerbetreibende, Handlungsreisende, das Spektrum war außerordentlich breit. Auch sind immer mehr kleinere bürgerliche, aber auch linkssozialistisch-pazifistische Oppositionsgruppen und Einzelpersonen darin eingeklinkt worden. Es bestanden Kontakte zur kirchlichen Opposition, zum „Kreisauer Kreis“, zum Militär, zum Auswärtigen Amt usw. Die Existenz dieses beständig weiter ausgedehnten zivilen Widerstandsnetzwerks war die Grundvoraussetzung dafür, dass im Sommer 1944 der Umsturz von den oppositionellen Militärs überhaupt gewagt wurde, der von ihnen bis dahin immer wieder verschoben worden war.

Dass jedoch keineswegs die Errichtung einer Militärdiktatur angestrebt wurde, jedenfalls nicht auf Dauer, das zeigt sich an dem Umstand, dass Letztere selbst immer wieder darauf gedrungen hatten, vorab schon Listen der für die einzelnen Ressorts der ersten nichtnazistischen Regierung vorgesehenen Minister zu erstellen. In jener Übergangsregierung hätten nur einige Sozialdemokraten vertreten sein sollen, vor allem Leuschner natürlich, der mit Sicherheit zunächst Vizekanzler, später vielleicht sogar Reichskanzler, wenn nicht Reichspräsident geworden wäre. Der frühere meck-

lenburgische SPD-Reichstagsabgeordnete und Wehrexperte Dr. Julius Leber wäre mit großer Wahrscheinlichkeit Innenminister geworden, der letzte Vorsitzende des Einheitsverbandes der Eisenbahner Deutschlands Matthäus Herrmann vermutlich Verkehrsminister und Prof. Reichwein womöglich Kultusminister. Leuschners Parteigenosse Paul Löbe freilich wäre wieder als Reichspräsident zum Einsatz gelangt. Aber ansonsten dominierten Vertreter des konservativen und liberalen Bürgertums. Doch mit dieser Kompromisslösung konnte sich Leuschner gut einverstanden erklären, denn er wie auch seine Freunde gingen sowie davon aus, dass sie eine Regierungsbeteiligung ihrer tatsächlichen politischen Bedeutung gemäß später, d. h. nach einer Restabilisierung der Verhältnisse würden unschwer durchsetzen können, wobei der von ihnen geplanten allumfassenden deutschen Volksgewerkschaft mit Bestimmtheit eine ausschlaggebende Rolle zugefallen wäre.

Außerdem wurden auf Drängen der Militärs seit Anfang 1943, verstärkt aber dann seit dem Herbst jenes Jahres für die einzelnen Wehrkreise so genannte Politische Beauftragte und auch Unterbeauftragte bestimmt. Diese hätten in Kombination mit den jeweiligen Verbindungsoffizieren die Chefs der Stellvertretenden Generalkommandos beraten und zudem die Weichen der Umsturzbewegung sukzessive auf Rückkehr zu demokratischen Verhältnissen umstellen sollen. Jene Politischen Beauftragten bildeten also den Personalpool, aus dem die ersten Verwaltungschefs bzw. in der Folge dann die Regierungschefs auf Länderebene im geplanten Nach-Hitler-Deutschland hätten rekrutiert werden sollen. Ihre somit eminent wichtige Funktion hätten sie schon gleich in der ersten Umsturzphase übernehmen sollen, weshalb ihre unverzügliche Heranziehung bereits am 20. Juli 1944 per Fernschreiben aus der Berliner Zentrale der Verschwörer an die Wehrkreise befohlen worden ist. Ludwig Schwamb beispielsweise wäre als Politischer Beauftragter der oberste zivile Entscheidungsträger im Wehrkreis XII Wiesbaden geworden, dem alsbald die Funktion des Regierungschefs in Hessen-Nassau, wenn nicht in einem größeren, nach Leuschners Vorstellungen geeinten Hessenland zugefallen wäre.

Das Ende ist bekannt: Der Umsturzversuch scheiterte binnen weniger Stunden. Aber nur Mitglieder der unmittelbaren Führungsriege des militärischen wie die des zivilen Arms der Verschwörung fielen den Häschern des NS-Regimes in die Hände. Nur diese wurden verhört, gefoltert, vor den sogenannten Volksgerichtshof gestellt, oftmals zum Tode verurteilt und dann hingerichtet. Leuschners Leben endete am 29. September 1944 in der Strafanstalt Berlin-Plötzensee. Trotz fürchterlicher Folterungen hatte er aber keine verhaftungsrelevanten Details über die von ihm angeleitete Widerstandsstruktur preisgegeben. Die vielen Tausenden seiner Vertrauten und Mitsstreiter im ganzen Land blieben daher unerkannt. Sie gingen in der nächsten Zeit auf Tauchstation, brachten sich auf dem Land in Sicherheit, verbargen sich etwa bei Verwandten oder bei Freunden anderenorts. Dass der demokratische Neubeginn 1945 hierzulande so unverzüglich in Angriff genommen werden konnte, gleich nachdem die alliierten Kampftruppen dem Nazi-Spuk ein Ende bereitet hatten, das resultiert ganz eindeutig aus der Tatsache, dass die reichsweiten Fahndungsmaßnahmen des NS-Regimes die zivilen Widerstandsstrukturen Leuschners und seiner Freunde,

aber auch die anderen Reststrukturen der Anti-Nazi-Kräfte allerorten nicht zu fassen vermocht hatten.

Außer den beiden schon mehrfach erwähnten Leuschner-Konfidenten Willi Richter und Jakob Steffan sowie etlichen anderen ist hierbei nicht zuletzt auch Heinrich Zinn kann zu nennen, der einstmalige Darmstädter Stützpunktleiter, der nach 1945 als Mitglied erst des Beratenden Landesausschusses, dann der Verfassung beratenden Landesversammlung und schließlich auch des Hessischen Landtags agierte. Von 1946 bis 1955 amtierte dieser dann als Hessischer Minister des Innern, von 1951 bis 1955 als stellvertretender Ministerpräsident und sodann bis 1962 als Präsident des Hessischen Landtages. Auch Prof. Bergsträsser, um ein weiteres Beispiel hier aus Darmstadt zu nehmen, hat sich um die Schaffung unserer zweiten Demokratie auf deutschem Boden enorm verdient gemacht, und zwar zunächst als von der US-Militärregierung eingesetzter Präsident der Provinz Starkenburg, dann für Oberhessen und schließlich für das ganze Gebiet des früheren Volksstaates Hessen und dann von 1946 bis 1948 als Regierungspräsident hier in Darmstadt. Auch Bergsträsser wirkte 1946 in der Verfassungsberatenden Landesversammlung Groß-Hessen mit und gehörte als Mitglied des Parlamentarischen Rates 1948/49 auch zu den Schöpfern unseres Grundgesetzes. Landtagsabgeordneter war er von 1946 bis 1949. Und natürlich dürfen in diesem Zusammenhang auch Ludwig Metzger und Christian Stock nicht vergessen werden: Ersterer, der am 25. März 1945, sofort nach Einmarsch der Amerikaner, von diesen zum kommissarischen Oberbürgermeister ernannt worden war, wirkte 1946 ebenfalls als Mitglied der Verfassungsberatenden Landesversammlung Groß-Hessen und wurde dann in den Hessischen Landtag gewählt, dem er bis 1954 angehörte. Bis 1950 amtierte Metzger als Darmstädter Oberbürgermeister und von 1951 bis 1953 als Hessischer Minister für Erziehung und Volksbildung. Und Christian Stock schließlich wurde am 20. Dezember 1946 zum Hessischen Ministerpräsidenten gewählt, der bis zum 9. Januar 1951 dieses Amt ausüben konnte.

Kurzum, der demokratische Neubeginn wurzelt unmittelbar in dem in den Jahren zuvor geleisteten antinazistischen Widerstand. Dies zeigt sich nicht nur in überwältigender Deutlichkeit an den erwähnten personellen Kontinuitäten, sondern hat seinen Niederschlag ebenso in zahlreichen Artikeln unserer Länderverfassungen gefunden wie auch in unserem Grundgesetz. Das Bekenntnis zu Europa, zur Sozialstaatlichkeit, zum Föderalismus, zur Unverletzlichkeit der Wohnung, das Gleichheitsgebot, das Recht auf freie Meinungsäußerung, das Verbot von Angriffskriegen, das Asylrecht für politisch Verfolgte usw., alles dies wurzelt in den Erkenntnissen und Forderungen des antinazistischen deutschen Widerstandes. Mit Artikel 139 ist in unserer Verfassung die im Prinzip durch kein Grundrechtsänderungsverfahren zu eliminierende oberste Rechtsvorschrift verankert worden, nach der eigentlich jedwede nazistische oder neofaschistische Aktivität kategorisch verboten wäre. Und Artikel 14, Absatz 2 ist genauso ein Imperativ von nicht minder aktueller Brisanz. Er besagt in unüberbietbarer Klarheit: „Eigentum verpflichtet. Sein Gebrauch soll zugleich dem Wohle der Allgemeinheit dienen.“

Es heißt es immer wieder, Leuschners letztes Wort an seine Freunde habe gelautet: „Morgen werde ich gehenkt, schafft die Einheit!“. Wir wissen nicht, ob er diesen Einheitsappell seinen Mithäftlingen vielleicht doch nur in Symbolform übermitteln konnte. Wir wissen aber, dass er genau dies in der Todeszelle seinem Sohn Wilhelm Leuschner jr. in seinem Abschiedsbrief geschrieben hat: „Haltet zusammen“, heißt es dort geradezu beschwörend und: „Baut alles wieder auf.“ Dass damit ein wie auch immer geartetes autoritäres Regime bzw. ein Ständestaat, wie es von konservativen Widerständlern favorisiert wurde, mitnichten gemeint war, sondern dass sich hier eben doch ein direkter Weg aus dem antinazistischen deutschen Widerstand hin zu unserer zweiten Demokratie offenbart, dies dürfte nach diesen Ausführungen deutlich geworden sein.

Zum Autor:

Geb. 1951, promovierter Politikwissenschaftler, Gewerkschaftsmitglied seit 1973, seit 1991 wissenschaftlicher Mitarbeiter des Stadtarchivs Wiesbaden und Leiter der dortigen KZ-Gedenkstätte "Unter den Eichen", seit 1995 Vorsitzender der Historischen Kommission des SPD-Bezirks Hessen-Süd, seit 2007 Mitglied des Stiftungsrats der Wilhelm-Leuschner-Stiftung Bayreuth, zahlreiche Publikationen vor allem zum antinazistischen Widerstand aus der Arbeiterbewegung, ausgezeichnet mit dem Georg-August-Zinn-Preis des SPD-Landesverbandes Hessen (2007) sowie mit der Willy-Brandt-Medaille der SPD (2013).